

Entschließungsantrag **der Abgeordneten der PDS**

zu der vereinbarten Debatte zum Thema „Internationaler Frauentag“

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Beim ersten Internationalen Frauentag in Deutschland 1911 stand der Kampf für das Frauenwahlrecht im Mittelpunkt.

Die seitdem erkämpften Rechte der Frauen haben die hierarchischen Herrschafts- und Machtverhältnisse zwischen Männern und Frauen nicht aufgehoben. In den neuen Bundesländern gab es nach dem Beitritt der DDR tiefgreifende Rückschritte: Frauen verloren nicht nur ihre ökonomische Selbständigkeit sondern mußten sogar auf der rechtlichen Ebene zurückstecken.

Frauen werden nach wie vor aufgrund ihres Geschlechts in vielfältiger Weise benachteiligt und unterdrückt. Deutlich zeigt sich das u. a. an der ungleichen Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen Männern und Frauen, an der extrem hohen Erwerbsarbeitslosigkeit von Frauen – in den neuen Bundesländern werden die Frauen vom Arbeitsmarkt verdrängt, um so die Anpassung an die Situation im Westen zu erreichen –, am ungleichen Zugang zu politischen und ökonomischen Ressourcen und Entscheidungsprozessen, an der steuerlichen Bevorzugung der Hausfrauenehe, an der restriktiven Regelung von Schwangerschaftsabbrüchen und an der herrschenden Gewalt gegen Frauen.

II. Zur Beendigung dieser patriarchalen Machtverhältnisse betrachtet der Deutsche Bundestag folgende wichtige Schritte als unerlässlich:

1. radikale Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit, Umverteilung von Arbeit, um Frauen und Männern gleichermaßen zu ermöglichen, sich um soziale Belange zu kümmern und zwischenmenschliche Beziehungen verantwortlich zu leben;
2. Gewährleistung einer sozialen Grundsicherung, um Armut zu verhindern, die insbesondere Alleinerziehende und Frauen im Alter betrifft;

3. Einführung eines Mindestlohns, der Frauen eine eigenständige ökonomische Existenz sichert und Unterbezahlung ausschließt;
4. rechtlicher und sozialer Schutz aller Arbeitsverhältnisse;
5. Gleichstellung aller Lebensweisen, um Frauen eine freie Wahl ihrer Lebensform – ob heterosexuell oder lesbisch, mit oder ohne Kindern, allein, zu zweit oder mit mehreren – zu ermöglichen;
6. Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen sowie Benennung und Beseitigung der Abhängigkeitsstrukturen, die diese Gewalt maßgeblich hervorrufen;
7. Schaffung eines eigenständigen Aufenthaltsrechts für Migrantinnen, unabhängig von ihrer Lebensform und die Anerkennung geschlechtsspezifischer Asylgründe;
8. Abschaffung des § 218 StGB;
9. Besetzung der wichtigsten politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsgremien zur Hälfte mit Frauen.

Bonn, den 8. März 1995

Dr. Gregor Gysi für die Abgeordneten der PDS